

GEDANKENLESE

BLICK IN POLITISCHE ZEITSCHRIFTEN

VON BURKHARD BISCHOF



Die bittere Enttäuschung einer guten Nachbarin über Österreich

Die letzte Botschafterin der Tschechoslowakei in Wien, Magdalena Vášáryová, beklagt Mitteleuropas Uneinigkeit.

Wieso eigentlich ziehen die ostmitteleuropäischen Staaten, obwohl sie Geschichte, Kultur, Verwandtschaft und Mentalität eng aneinanderbindet, in der Einschätzung der russischen Aggression gegen die Ukraine eigentlich nicht an einem Strang? Selbst durch die Visegrád-Gruppe – Ungarn, die Slowakei, Tschechien und Polen – zieht sich ein Riss: Ungarns Premier Viktor Orbán geriert sich inzwischen als Putin-Versteher der besonderen Art, während er sich in seiner ersten Amtszeit (1998–2002) außenpolitisch noch als Fürsprecher der Ukraine in der westlichen Welt profilierte. Die Regierungen in Prag und Bratislava zeigen sich eher indifferent hinsichtlich des ukrainischen Schicksals, obwohl die Slowakei sogar direkter Nachbar des geschundenen Landes ist.

Nur die Polen haben sich ebenso wie die baltischen Staaten von Anfang an auf die Seite der Ukraine gestellt und nennen die russische Aggression offen beim Namen. Wobei sicher eine Rolle spielt, dass diese Länder ihren östlichen Nachbarn halt gut kennen, weil sie lang genug unter der russischen Knute gelebt haben.

Magdaléna Vášáryová, die sich als letzte tschechoslowakische Botschafterin in Wien von 1990 bis 1993 hierzulande einen guten Ruf erworben hat, versucht in der neuesten Ausgabe des Krakauer Fachmagazins „New Eastern Europe“ die Frage zu beantworten, warum Mitteleuropa sich derzeit als ziemlich zerstrittener Haufen präsentiert, obwohl die Zusammenarbeit der Visegrád-4 einstmals sogar als Modell für regionale Zusammenarbeit gepriesen wurde.

Ihrer Meinung nach haben es die mitteleuropäischen Staaten versäumt, in der Frage der Energieabhängigkeit von Russland eine gemeinsame Position auszuarbeiten; sie haben zu unterschiedliche historische Erinnerungen (so hätten Ungarn und Slowaken die polnisch-ukrainischen Aussöhnungsbemühungen schlicht ignoriert). Zudem sieht Vášáryová in Ungarn, der Slowakei und Tschechien eine Tendenz zu Abwehrreflexen gegen liberales Gedankengut („Es gibt das Argument, dass dort, wo die Habsburger regierten, liberale politische Gedanken niemals erblühen können“). Freilich, sollte in Polen im Herbst die Partei Recht und Gerechtigkeit von Jaroslaw Kaczyński an die Macht zurückkehren, werden wohl auch an der Weichsel die Festschritte des Liberalismus vorbei sein.

Am meisten enttäuscht zeigt sich die Slowakin Vášáryová aber über Österreich. „Am interessantesten ist die Haltung Österreichs gegenüber Russland“, schreibt sie. „Über Jahrzehnte waren wir Zeugen des außerordentlich guten Willens der Österreicher, die zehntausende Flüchtlinge aus Ungarn, Slowenien, der Tschechoslowakei und Polen bei sich aufnahmen und ihnen ein Leben in Freiheit und Demokratie ermöglichten. Die Österreicher kümmerten sich um sie, ermöglichten vielen von ihnen erfolgreiche Karrieren oder bereiteten andere auf ihre Reise nach Osteuropa und Übersee vor.“ Umso trauriger sei es, dass diese Offenheit und Freundschaft schon wenige Wochen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verwelkte. „An ihre Stelle traten Widerwillen und Misstrauen, die sich in österreichischen Bemühungen zeigte, den Integrationsprozess postkommunistischer Länder in die EU zu bremsen. Österreich zögerte, Brücken, Straßen und andere Infrastruktur zu bauen; es blockierte Energieverbindungen und versuchte, seinen Arbeitsmarkt für andere Mitteleuropäer abzuschotten. Deshalb sollte niemand von uns über die unklare, ja negative Haltung Österreichs zu den Geschehnissen in der Ukraine überrascht sein.“

E-Mails an: burkhard.bischof@diepresse.com



Raumordnungspolitik: Schrumpfung passiert ...

Gastkommentar. Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen, dass es Regionen in Österreich gibt, die nicht mehr wachsen werden.

VON MARTIN HEINTEL

Österreichs Bevölkerung wächst laut der aktuellen Statistik aus diesem Jahr in allen neun Bundesländern – in Wien am meisten, in Kärnten am wenigsten. Österreich wächst aber fast ausschließlich in den Agglomerationen und an der West-Ost-Achse, nicht jedoch in vielen ländlichen Regionen. Da schrumpft die Bevölkerung – so die umgangssprachliche Bezeichnung des Gegenteils von Wachsen.

Nun ist das Wachsen der Bevölkerung im öffentlichen Diskurs auch nicht immer positiv besetzt. Hier geht es aber schon um dahinterliegende, oft sehr subjektive Zuschreibungen: Arbeitsmigration, Asylanten, Flüchtlinge etc. werden sehr selektiv und nicht immer kontextbezogen in diesen Diskurs zu Bevölkerungswachstum eingespielt. Beim Begriff der Schrumpfung wird gedanklich meist erst gar nicht so weit assoziiert, das Wort ist per se negativ besetzt und wird ver-

mieden. Auch lebt uns die Wirtschaft vor, dass wir, wie aus einer naturgesetzlichen Logik heraus, permanent wachsen müssen. Das Wort Schrumpfung ist also bisher im alltagspolitischen Diskurs ein No-go. Es drückt etwas aus, was nicht sein darf, daher auch nicht kommuniziert werden kann.

Wachsen, nicht schrumpfen

Politiker werden für das Wachsen und nicht für das Schrumpfen gewählt. Wachsen Einkaufszentren am Stadtrand, können diese eröffnet werden. Wird Wachstum aber eingebremst, was aus der diesbezüglichen Sicht der Raumplanung häufig sinnstiftend wäre, werden Politiker von Wirtschaftstreibern sogleich als Verhinderer des Wachstums verunglimpft, wie gerade in Salzburg vorgelebt.

Probleme in der Raumentwicklung entstehen zum Teil dadurch, dass Fragen und wesentliche Entwicklungsschritte aus diesem Grund entweder nicht gestellt oder verzögert werden. Sie werden erst

dann relevant, wenn der Leidensdruck – beispielsweise verursacht durch Kosten – zu groß wird. Die Stimmenmaximierung konkurriert mit enden wollenden Ressourcen. Wachstum bringt Erfolg, Schrumpfung wird als politisches Versagen wahrgenommen. So reduziert lässt sich das Stimmungsbild vielerorts umschreiben.

Viele Gemeinden sind mit Schrumpfungprozessen konfrontiert, die – prognostisch gesehen – mancherorts weiter zunehmen werden. Der Niedergang einst traditioneller Industrien wie der Erzgewinnung in der Steiermark und der Rückbau der Schwerindustrie an vielen weiteren Standorten sollen hier gar nicht als viel strapazierte Paradebeispiele angeführt werden. Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in vielen ländlichen peripheren Regionen ist nämlich sehr stark durch Abwanderung von jüngeren Menschen im Ausbildungsalter gekennzeichnet.

Wem kann es jedoch übel genommen werden, zwecks

PIZZICATO

Stellenanzeige: Dringend gesucht!

Wir sind ein aufstrebender Parlamentsklub und suchen zum ehestbaldigen Eintritt Nationalratsabgeordnete, die unser Team verstärken wollen. Diese Ausschreibung wendet sich gleichermaßen an Frauen und Männer sowie Junge und Alte. Hauptsache, Sie machen unseren Klub jünger, weiblicher und moderner.

Sie verfügen idealerweise über Grundkenntnisse der österreichischen Innenpolitik, können ein bis zwei Sätze fehlerfrei sprechen und haben schon Berufserfahrung als Abgeordneter einer anderen Parlamentsfraktion. Christlich-soziale Werte sind gewünscht, aber nicht zwingend Voraussetzung. Wir bieten Ihnen eine Beschäftigung in der Wiener Innenstadt und ein Gehalt von 8.583,27 Euro. Eine Mehrbezahlung ist möglich, sofern wir es schaffen, das Bezügegesetz zu ändern. Sie können Teil eines Teams werden, das künftig die stärkste Fraktion im Nationalrat stellt. Vielleicht sind genau Sie die Person, die uns dafür noch fehlt.

Bewerbungen richten Sie bitte an Klubobmann Dr. Reinhold Lopatka sowie an den künftigen Ersten Nationalratspräsidenten, Karlheinz Kopf, Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien. Wobei sich die Adresse bald ändert, zumal auch der Ring nach einem Politiker der künftig stimmenstärksten Fraktion benannt werden sollte. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung, rasche Antwort garantiert! (aich)

Reaktionen an: philipp.aichinger@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbrieft@diepresse.com

Die Revolution liegt in der Energieeffizienz

„Der vernünftigste Sportwagen der Welt“, von Norbert Rief, 31. 7. Die Revolution des E-Motors liegt in seiner Energieeffizienz. Im Verbrennungs-(Explosions)-Motor wird z. B. von zehn Litern Treibstoff die Energie von etwa acht Litern über den Kühler als Wärme in die Umwelt abgegeben, zudem unnötiges CO₂ von diesen acht Litern Treibstoff über die Abgasanlage. Der Wirkungsgrad dieser Motoren liegt bei nur etwa 20%. Der Wirkungsgrad von E-Motoren liegt bei weit über 95%, zumal die Bremsenergie direkt in die Batterie zurückgespeist werden kann. Für gleiche Kilometerleistung ergibt sich etwa eine 80-prozentige Energie- und CO₂-

Einsparung. Die km-Kosten sinken um denselben Betrag.

Dr. Richard Spreitzhofer, 2801 Katzelsdorf

ÖNB: Bibliothekare sind hilfsbereit, kompetent

„Ein Bahnhof ohne Züge“, von Peter Zakravsky, Spectrum, 25. 7. Der Kritik an den Zuständen in der ÖNB muss ich mich leider in einem Punkt anschließen, und zwar hinsichtlich der wenig rücksichtsvollen Benutzung des Hauptlesesaals durch einen Großteil des (wie wohl anzunehmen) studentischen Benutzerpublikums. Trotz mehrfacher Erweiterung des Platzangebots kommt es dort immer wieder zu Engpässen, da die Plätze nur allzu oft zum Studium von mitgebrachten Skripten und nicht von Bibliotheksbeständen benützt werden, lange Absenzen vom Platz zwecks Plauderstündchen in der Lobby inklusive. Diese Missstände sind der Bibliotheksleitung seit Langem bekannt; bisher wurden aber nur halbherzige Versuche (Absenzuhren) unternommen, da-

gegen einzuschreiten. Es besteht der Verdacht, dass die Maximierung der Besucherzahlen oberste Priorität hat.

Keineswegs teilen kann ich jedoch die Kritik an der Servicegesinnung des Ausgabepersonals; vor allem die jüngeren Teilzeitkräfte lassen es an Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und Kompetenz keineswegs fehlen. Gefrustetes, Dienst nach Vorschrift machendes, in sich gekehrtes Personal ist nur in Ausnahmefällen anzutreffen.

Ausdrücklich auszunehmen von der durch Dr. Zakravsky geäußerten Kritik wären auch die nicht so überlaufenen und teilweise dislozierten Sammlungen der ÖNB, wie die Mikroformensammlung im Tiefgeschoß, die Handschriften-, Porträt-, Karten-, Musiksammlung etc. Die von ihm vermisse nostalgische Bibliotheksatmosphäre mit grünen Lampenschirmen, wandhohen Regalen und Deckenfresken von Johann Baptist Bergl findet er im Augustinerlesesaal vor, dazu überaus kom-

besserer Ausbildungschancen den Wohnort zu wechseln, um dadurch mehr individuelle Möglichkeiten abzurufen? Wir sind als Gesellschaft insgesamt mobiler, multi-lokaler aber auch prekärer geworden.

Die Konsequenzen für die Herkunftsregionen – wie rückläufige Geburtenrate, Ausdünnung der Nahversorgungsinfrastruktur, sinkende Angebote öffentlicher wie privater Dienstleistungen oder abnehmende Anteilnahme am Vereinsleben – sind freilich bekannt und markant, jedoch nur ansatzweise durch traditionelle Begleitmaßnahmen zu kompensieren. Eine disperse Siedlungsstruktur in vielen ländlichen Gemeinden wird künftig noch verstärkt zu Schrumpfungprozessen beitragen.

Einzel- und Streulagen in Korrelation zum Alter der Wohnhaften lassen vermuten, dass neben den ohnedies betroffenen Nahversorgern auch im privaten Wohnsegment der Leerstand noch deutlich steigen wird. Der Kostendruck auf Allgemeinkosten, der diesbezüglich auf den Gemeinden lastet, wird dadurch nicht geringer.

Alternativen ansprechen

Sogar die diskutierten Abrissprämien könnten motivieren – hier ist zumindest der zweite Teil des zusammengesetzten Wortes positiv besetzt. Sie sind auf Dauer gerechnet in zu überprüfenden Einzelfall auch kostengünstiger als ein von wem auch immer zu tragender Substanzerhalt einer zusammenhängenden Infrastruktur.

Anreizsysteme zur Begleitung evidenter Schrumpfungprozesse stellen eine Marktlücke dar. Rein volkswirtschaftlich gesehen sollten diesbezügliche Maßnahmen jedoch verstärkt geprüft werden, wobei es hier explizit nicht zulasten einer sozialen Ausgewogenheit gehen darf. Es muss möglich sein, Alternativen ansprechen zu dürfen und asphaltierte Forststraßen nicht mehr vom Schnee von gestern zu räumen.

Auch muss es möglich sein, dass Politiker etwas aussprechen können, was nicht ausschließlich

DER AUTOR



Martin Heintel (* 1967 in Wien) ist Professor am Institut für Geografie und Regionalforschung der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Raumentwicklung. Er ist Sprecher des Österreichischen Verbandes für Angewandte Geografie und absolvierte zahlreiche Gastprofessuren, u. a. in den USA und im Oman.

[Privat]

dem Medientraining mit Beratern entstammt. Reagiert wird jedoch bisher mit üblichen Mustern einer auf Wachstum konditionierten Gesellschaft. Baulandmobilisierung, die zum Bleiben einladen soll, Infrastrukturausbau, wo nicht immer notwendig, um Fördermittel abzurufen, auch der Ausbau von Betreuungspätzen für eine alternde Gesellschaft mutet dort skurril an, wo es in 20 Jahren rein prognostisch keine Alten mehr gibt.

Chancen eines Rückbaus

Die indirekte Mobilitätsförderung für den motorisierten Individualverkehr – durch mangelnde Unterstützung für diesbezügliche Alternativen – hört sich in ländlich peripheren Regionen zuweilen so an: „Wir haben kein Mobilitätsproblem – wir haben ein Auto!“

Dort, wo Schrumpfung als unabweichlicher Prozess wahrgenommen wird, gilt es, diesen proaktiv zu begleiten. Ohne es schönreden zu wollen, liegen auch Chancen im Prozess der Begleitung des Rückbaus. Diese finden sich auch nicht ausschließlich im Faktor Kosten. So sind neue Kooperationen zwischen Gemeinden für kommunale Agenden ebenso denkbar wie neue Investitionsmodelle, bei denen auf eine breite Beteiligung und Verantwortung gesetzt wird. Auch Kooperationen zwischen Zentren und Peripherien sind ausbaubar.

Es geht somit um einen angemessenen Umgang mit Realitäten, der auch neue Formen der Daseinsvorsorge und Mobilität ins Machbare rückt. Davon könnten auch periphere Regionen wieder profitieren. Spätestens dann, wenn Schrumpfung physisch durch Verfall oder Leerstand sichtbar wird, muss es möglich sein, die Sache auch von der Politik anzusprechen, besser aber schon früher.

Mut zum Handeln fehlt

Obwohl sich viele Verantwortliche der Lage bewusst sind, fehlt der Mut, um neue, unpopuläre, aber notwendige Schritte einzuleiten. Die Suche der Politik nach einem anderen Begriff ähnelt dem Versuch einer schmerzdosierten Vermittlung der Bedeutung von Schrumpfung. Es gleicht dem Euphemismus im Wirtschaftsdeutsch, bei dem der Konkurrent durch den Mitbewerber abgelöst wurde und jetzt als Marktbegleiter daherkommt.

Bevor das Wort Schrumpfung jedoch dem Begriff der „inneren Dynamik“ weicht, sollte die Sachlage beim Namen genannt werden. Schrumpfung muss salonfähig werden, um die Handlungsfähigkeit in der Raumordnungspolitik zu erhöhen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON GUDULA WALTERSKIRCHEN



Vor 70 Jahren: Elend und Flüchtlingsmassen in Österreich

Österreich hat schon mehrere große Flüchtlingswellen erlebt, die größte nach 1945 – mit riesigen Problemen und Ressentiments. Kein Vergleich zu heute.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs brachte für Österreich eine wahre „Völkerwanderung“ mit sich. Soldaten, Vertriebene, befreite KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und viele andere Menschen, die die Kriegswirren umherwirbelten. Die Zahlen sind heute unvorstellbar: 1,2 Millionen Soldaten der Wehrmacht hatten auf österreichischem Boden kapituliert und wurden gefangen genommen, eine Million Soldaten der Alliierten kamen nach Österreich, 600.000 Zwangsarbeiter und Häftlinge wurden befreit, hunderttausende Flüchtlinge aus Ost- und Südeuropa strömten ins Land, den größten Anteil machten die Sudetendeutschen aus.

Alle diese Menschen musste Österreich, das nicht einmal in der Lage war, die angestammte Bevölkerung ausreichend zu ernähren, unterbringen und verpflegen. Neben Mitgefühl und Verständnis für die Flüchtlinge und Gestrandeten herrschten auch Ablehnung und Wut. Und dies nicht nur in der betroffenen Bevölkerung, sondern auch in Regierungskreisen.

So schrieb etwa der Bundeskanzler der provisorischen Staatsregierung, der Sozialdemokrat Karl Renner, einen Protestbrief an die tschechoslowakische Regierung. Anlass war die Vertreibung der Sudetendeutschen. Darin kritisierte er nicht die völkerrechtswidrige und grausame Vertreibung an sich, sondern er beklagte den „unfreiwilligen Einbruch von mehr als hunderttausend zu Bettlern gewordenen fremden Staatsbürgern in unserem Land“. Renner forderte von der Regierung in Prag, für die Kosten, die die Flüchtlinge in Österreich verursachten, aufzukommen. Ansonst sehe sich Wien gezwungen, diese Personen auszuweisen. Die tschechoslowakische Regierung antwortete nicht auf den Brief.

Renners Standpunkt ist recht typisch für die damalige Zeit. Ab August 1945 spitzte sich die Lage in Linz besonders zu. Zu den etwa 600.000 Flüchtlingen, die sich zu Kriegsende bereits im Gebiet südlich der Donau befanden, kamen noch jene, die vor der sowjetischen Besatzung im Mühlviertel flohen, das zuerst den

Amerikanern zugeschlagen worden war. In Linz wurden riesige Barackenlager errichtet. Bald war jedes zehnte Wohngebäude der Stadt eine Lagerbaracke.

Die Lage war dermaßen angespannt, dass die US-Militärbehörde ein Zuzugsverbot für Linz aussprach, das jahrelang in Kraft blieb. Für jüdische Flüchtlinge, viele von ihnen schwer traumatisierte KZ-Überlebende, wurden eigene Wohnblocks errichtet, die speziell bewacht werden mussten, weil man antisemitische Übergriffe fürchtete. Wie in einem Ghetto mussten die Menschen darin ausharren, bis 1948 durch die Gründung des Staates Israel eine legale Ausreise möglich wurde.

Erzürmt war die ortsansässige Bevölkerung aber nicht nur wegen der „Fremden“, sondern auch, wenn sie wegen der Einquartierung der „Wiener“, also der vor den Sowjets geflüchteten Menschen aus Ostösterreich, zusammenrücken musste. Der damalige Linzer Bürgermeister, Ernst Koref, schildert eine derartige Einquartierung: „Die Leute weigerten sich, aber schließlich gelang es uns, die aufs Höchste erregten Menschen zu beruhigen.“ Die Ausquartierten wurden in eiligst requirierten Gasthöfen, Schulen und improvisierten Unterkünften einquartiert.

In den Lagern herrschten schreckliche Zustände: Aufgrund mangelnder Hygiene gab es Wanzen, Kopfläuse, es wüteten Epidemien wie Typhus, Ruhr, Tuberkulose und Diphtherie. Kriminalität, Vergewaltigungen, ja sogar Mord standen auf der Tagesordnung. Die Militärpolizei der Alliierten hatte alle Hände voll zu tun, um die Lage halbwegs unter Kontrolle zu halten. Die Kinder aus den Lagern gingen in Linz zur Schule, die Eltern der ortsansässigen Kinder fürchteten Ansteckung. Man mied das „Gesindel“ in den Lagern, obwohl dort vorwiegend unverschuldet in Not Geratene hausen mussten.

Es dauerte Jahre, bis sich die Lager leerten, die Menschen weiterzogen oder in Österreich eine neue Heimat fanden und sich hier niederließen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Die Autorin:

Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Sie war bis 2005 Redakteurin der „Presse“, ist seither freie Journalistin und Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt; darunter „Bomben, Hamstern, Überleben. Österreich 1945“.

Morgen in „Quergeschrieben“: Martin Engelberg.

petente und hilfsbereite Bibliothekare/innen – allerdings weniger üppige Öffnungszeiten.

Dipl.-Ing. Peter Prokop, 1090 Wien

Ununterbrochener Rechtsbruch

„Asyl und Migration: Lösung, wird uns viel Geld kosten“, von Andreas Wetz, 28. 7.

Die bisherige Entwicklung einfach hochzurechnen ist eine ziemlich unzulängliche Art der Fortschreibung, denn es gibt eine Reihe von Variablen, auf deren Grundlage die Zahlen faktisch zu reduzieren wären. Von illegaler Grenzüberschreitung über die Verletzung des Dublin-Abkommens bis hin zum Ignorieren der Sichere-Drittstaaten-Regelung steht schließlich ununterbrochener Rechtsbruch im Raum.

Vor allem muss in Zukunft für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens immer mehr Geld in die Hand genommen werden, weil Menschen ohne oder mit nur geringen persönlichen Perspektiven

leichter in die Kriminalität abdriften und, wenn man einer UNO-Studie glauben darf, die Moral mit der Entfernung zum Herkunftsland überproportional abnimmt.

Mag. Martin Behrens, 1230 Wien

Österreich ist um eine Peinlichkeit reicher

„Heftige Kontroversen rund ums Normenwesen“, 30. 7.

Österreich ist international wieder einmal um eine Peinlichkeit reicher: Zum Entwurf für ein neues Normengesetz wurde sowohl von der Internationalen Organisation für die Normung (ISO) als auch vom Europäischen Komitee für Normung (CEN) mit großem Erstaunen festgestellt, dass das Österreichische Normungsinstitut in beiden Organisationen wegen Nichterfüllung seiner Pflichten seine Mitgliedschaft verlieren würde; daher wäre weder eine Mitarbeit in den einzelnen Fachgremien noch eine Übernahme internationaler und europäischer Normen möglich.

CEN hat außerdem die EU-Kommission wegen Verletzung der EU-Verordnung zur Normung (EU)1025/2012 vorinformiert. Vom Deutschen Institut für Normung (DIN) wurde lapidar festgestellt, dass die Lieferung der deutschen Sprachfassungen von Europäischen Normen an das Österreichische Normungsinstitut ab 1. Jänner 2016 eingestellt werde, sollte der Entwurf tatsächlich mit diesem Datum als Gesetz in Kraft treten.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Österreichische Normungsinstitut sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene aufgrund seiner aktiven Mitwirkung, z. B. bei der Hilfestellung für osteuropäische Normungsinstitute bei der Umstellung von der staatlichen zur freiwilligen Normung, einen ausgezeichneten Ruf verschafft. Es wäre ein Trep-penwitz in der Geschichte der Normung, würde jetzt in Österreich der umgekehrte Weg eingeschlagen werden.

DI Wolfgang Höhnle, 1030 Wien

Vorliegender Entwurf ist eine Themenverfehlung

Der vorliegende Entwurf des Normengesetzes ist eine klassische Themenverfehlung: Da nur zehn Prozent der Normung in Österreich stattfindet, sollten dafür das Vereinsgesetz und Vereinsstatuten ausreichen.

Die Machtansprüche der Hoheitsverwaltung sind hier gänzlich fehl am Platz: Der ursprüngliche Zweck von Standards – die reibungslose Zusammenarbeit der Wirtschaft zu gewährleisten – scheint den Autoren nicht bewusst zu sein. Die Festlegung des Standes der Technik den Universitäten zu überlassen ist damit sicher keine Option.

Normen sind auch heute noch freiwillige Vereinbarungen der Wirtschaft, die im Wesentlichen Schnittstellen zwischen Wirtschaftsgütern oder auch allgemein erforderliche Eigenschaften von Gütern definieren. Heute ist die wirtschaftliche Tätigkeit global; folglich werden auch Normen auf

europäischer (EN) und internationaler (ISO) Ebene erarbeitet.

Österreich – sowohl der Bund als auch die WKO – konnte es bis dato erfolgreich vermeiden, der heimischen Wirtschaft für diese sehr kostspielige Mitarbeit finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Von der Mitgestaltung dieser Normen hängt allerdings der Erfolg unserer Exportwirtschaft entscheidend ab.

Dr. Elisabeth Berger, GF der Vereinigung Österr. Kessellieferanten, 1045 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan

E-Mail: leserbrieve@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbrieve müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbrieve zu kürzen. Je kürzer die Zeile, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.